

Christen und AfD

## Der Testfall

11. März 2024, 13:34 Uhr

**Rechtsextreme, die sich explizit christlich geben, sind ein eher junges Phänomen. Nun haben sich die katholischen Bischöfe gegen völkisch-nationalistische Positionen abgegrenzt - und ein AfD-Politiker könnte sein Kirchenamt verlieren.**

Von Roland Muschel und Annette Zoch, München, Stuttgart

Die deutschen katholischen Bischöfe teilen nicht immer dieselben Ansichten, aber in diesem Punkt schon: Völkisch-nationalistische Positionen seien mit kirchlichen Haupt- und Ehrenämtern unvereinbar, erklärten sie vor knapp drei Wochen. Das einstimmig verabschiedete Diktum fand viel Beachtung - auch weil die Bischöfe darin explizit vor der AfD warnen. Und es sieht ganz danach aus, dass es auch spürbare Konsequenzen hat. Das zeigt der Fall von Christoph Schaufert.

Schaufert ist stellvertretender Vorsitzender der dreiköpfigen AfD-Fraktion im saarländischen Landtag - und Mitglied im Verwaltungsrat der katholischen Kirchengemeinde St. Marien in Neunkirchen. Dieses Amt könnte er nun verlieren: Auf Antrag des Pfarrgemeinderats und des Verwaltungsrats prüft der Trierer Generalvikar Ulrich von Plettenberg den Ausschluss Schauferts aus seinem kirchlichen Amt. Dies bestätigte eine Bistumssprecherin der *Süddeutschen Zeitung*.

### Schaufert sagt, er sei "fassungslos"

Der Fall Schaufert ist der erste, bei dem unter Berufung auf die Bischofserklärung ein AfD-Politiker aus einem kirchlichen Gremium fliegen soll. Schaufert sagte der SZ, er sei "fassungslos", will sich aber vorerst nicht weiter äußern.

"Das ist jetzt der Testfall", sagt Thomas Schüller, Professor für Kirchenrecht in Münster. Die Positionierung der Bischöfe ist rein ethischer Natur, sie hat keinerlei rechtlichen Charakter. Aber da ist ja noch das diözesane Kirchenvermögensverwaltungsgesetz, darin heißt es in Paragraph 8:

Der Generalvikar kann ein Mitglied "aus wichtigem Grund, insbesondere wegen grober Pflichtwidrigkeit oder Ärgeris erregenden Lebenswandels" entlassen. Ob ein AfD-Mandat und eine entsprechende politische Betätigung dahin gehend ausgelegt werden kann, ist allerdings rechtlich unklar.

Bislang haben in Deutschland nur zwei Diözesen rechtlich festgeschrieben, dass eine Mitgliedschaft in rassistischen und fremdenfeindlichen Organisationen mit einem kirchlichen Ehrenamt unvereinbar ist - das Bistum Würzburg und das Erzbistum Berlin. "Die anderen Bischöfe sollten sich ein Beispiel daran nehmen, sie sind schließlich in ihren Diözesen die Gesetzgeber und müssen kein Parlament fragen", sagt Schüller. "Sie sollten deshalb jetzt schnell Satzungen und Wahlordnungen für Pfarrgemeinderäte und pfarrliche Verwaltungsräte ändern." Eine Mitgliedschaft bei der AfD allein könne aber kein Ausschlussgrund sein.

## **"Letztlich ist die christliche Rechte ein Widerspruch in sich", sagt Experte Flad**

Im Kontext der Debatte tut sich eine grundlegende Frage auf, die mit den Wahlerfolgen der AfD immer drängender wird. Einerseits Christ zu sein und sich andererseits einer Partei zugehörig zu fühlen, die als rechtsextremistischer Verdachtsfall und in Teilen sogar als gesichert rechtsextremistisch gilt - wie geht das zusammen? Christ zu sein, heißt schließlich, einem Mann zu folgen, der dazu aufgerufen hat, seinen Nächsten zu lieben wie sich selbst. Der gesagt hat: "Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan."

"Letztlich ist die christliche Rechte ein Widerspruch in sich", sagt Henning Flad, Politikwissenschaftler und Projektleiter der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus. "Die christliche Ethik steht in einem so klaren Widerspruch zu Ideologien von der Ungleichwertigkeit des Menschen, dass dies kaum überbrückbar ist." Dass sich Rechtsextreme dennoch so dezidiert christlicher Töne bedienen, sei ein relativ neues Phänomen. "Bis etwa 2011 prägte eher der Neonazismus das Erscheinungsbild der extremen Rechten in Deutschland." Und die Grundhaltung dieser Szene sei neuheidnischer und kirchenfeindlich geprägt gewesen.

## **Um christliche Glaubensinhalte geht es nicht**

Mit der Selbstenttarnung der Terrorgruppe NSU und dem 2012 gestarteten Verbotsverfahren gegen die NPD sei der offene Neonazismus aber in die Krise geraten, sagt Flad. In der extremen Rechten habe eine Kräfteverschiebung stattgefunden, hin zu einer sich intellektuell gebenden, völkisch-nationalistischen "Neuen Rechten". Erst diese Verschiebung habe ermöglicht, dass sich extreme Rechte ganz bewusst als Christen inszenierten. Um christliche Glaubensinhalte gehe es

dabei aber nicht. "Das Christentum fungiert vielmehr als identitätspolitisches Abgrenzungsmerkmal", sagt Flad - und erinnert an die Kreuze, die Demonstranten bei Pegida-Aufmärschen herumtrugen.

Die Alternative für Deutschland wurde 2013 in den Räumen der Evangelischen Christuskirche in Oberursel gegründet, aus Protest gegen die Politik Angela Merkels in der Euro-Schuldenkrise. Mit den Jahren hat sich die Partei aber immer weiter radikalisiert. Zwar gibt es bis heute die Gruppe der "Christen in der AfD", sie gilt parteiintern aber als wenig einflussreich.

Die "Christen in der AfD" verwahren sich jetzt gegen die Erklärung der Bischöfe: "Von der Existenz unterschiedlicher, voneinander getrennter Völker als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft (...) geht zunächst einmal der christliche Schöpfergott der Bibel, als dessen Schöpfung aus", schreiben sie in einem offenen Brief. Die katholischen Sprecher der Gruppe, Ulrich Oehme und Michael Adam, schreiben in einer weiteren Stellungnahme, die der SZ vorliegt: "Die AfD bekennt sich, anders als andere aktuell in Deutschland herrschende Parteien, in ihrem Grundsatzprogramm unzweideutig zu den Kernwerten des Christentums: Dem Lebensschutz, der Ehe von Mann und Frau, dem Schutz der Familie."

## **Die Bischöfe gehen auf Distanz zur Partei - nicht zu deren Wählern**

Diese Themen bilden das vermeintliche Scharnier zwischen Kirche und Neuer Rechter. Ein Beispiel dafür ist der "Marsch für das Leben", eine Veranstaltung des Bundesverbands Lebensrecht gegen Abtreibungen. Kritiker werfen dem Verband vor, sich nicht klar von Rechtsextremisten zu distanzieren und zu tolerieren, dass sie auf den Märschen mitlaufen. Regelmäßig sind auch AfD-Politiker zu Gast - aber auch katholische Bischöfe schickten schon mal Grußworte oder liefen mit.

Der Passauer Bischof Stefan Oster lässt offen, ob er noch einmal beim "Marsch für das Leben" auftritt. Er trage das Anliegen des Lebensschutzes selbstverständlich mit, schrieb er auf seiner Webseite. "Womöglich lässt sich der Marsch zu leicht beschädigen, zu leicht inhaltlich kapern." Die Empfehlung seiner Mitbrüder, "die AfD eher nicht zu wählen", trage er mit.

Man suche weiter den Dialog mit AfD-Wählern, hatten die Bischöfe betont. Aber zur Partei selbst gehen sie auf Distanz: Das Katholische Büro in Berlin lädt AfD-Abgeordnete nicht mehr zum Jahresempfang ein. Gleiches gilt für die Evangelische Kirche in Deutschland. "Im Zuge der offenkundigen Radikalisierung der Partei werden Funktionsträger nicht mehr zu repräsentativen Anlässen eingeladen", sagte ein EKD-Sprecher.

## Die extreme Rechte wendet sich Teilen des evangelikalen Milieus zu

Die AfD reagiere bereits, sagt Henning Flad. "Kirchenaustritt ist die zentrale neue Melodie, die man von der AfD hört", berichtet der Extremismus-Experte. "Stattdessen wendet sich die extreme Rechte eher Teilen von evangelikalen Milieus zu." Der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Goßner bestätigt das: Die große Mehrheit der AfD-Mitglieder, die kirchlich engagiert seien, hätten der Amtskirche den Rücken gekehrt, sagt der religionspolitische Sprecher der Fraktion, der selbst konfessionslos ist. "Es gibt ja genügend Freikirchen als Alternative im Land." Die Amtskirchen seien vielen zu politisch. "Die Kirche soll das Wort Gottes verkünden und keine Wahlempfehlung aussprechen."

Gerade im pietistisch geprägten Württemberg sind Freikirchen stark vertreten. Eine, für die es in der AfD offenkundig Sympathien gibt, ist die vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtete Evangelische Freikirche Riedlingen (Kreis Biberach) von Jakob Tscharncke. Der Prediger vermische gezielt christlich-fundamentalistische Ansichten mit der Ablehnung von Demokratie und Staat, heißt es im baden-württembergischen Verfassungsschutzbericht 2022.

So habe Tscharncke während der Corona-Pandemie von einem "totalen Impfkrieg" gesprochen und Politiker als "Unrecht- und Willkürherrschende" bezeichnet, die "von den bösen satanischen Mächten dahinter" gesteuert würden. Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (BEFG) hatte sich bereits 2015 wegen "herabwürdigender Äußerungen über Flüchtlinge" distanziert, Tscharnckes Freikirche ist kein Mitglied mehr. Der AfD-Mann Goßner wiederum sagt, er kenne Tscharncke persönlich. Auf ihn mache er den Eindruck eines "lupenreinen Demokraten".

---

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: [www.sz.de/szplus-testen](https://www.sz.de/szplus-testen)

---

URL: [www.sz.de/1.6443103](https://www.sz.de/1.6443103)

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/skle

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [syndication@sueddeutsche.de](mailto:syndication@sueddeutsche.de).